



Werner Post, Bonn

## Laudato si

### Antikapitalistischer Sonnengesang

---

1.

Unübersehbar sind schlechte Zeiten angebrochen für Linke, Sozialisten und Sozialdemokraten: ein sozialistischer Präsident in Frankreich, der einem fast nur noch leidet, eine schwächlich zerfahrene SPD, verbrauchte / zerstrittene Sozialisten in anderen europäischen Ländern, das Scheitern des lateinamerikanischen Sozialismus in Venezuela, Argentinien, Chile oder nun auch Kuba; und auch griechische oder spanische Sternschnuppen von Varoufakis bis Podemos (Pablo Iglesias) erinnern schon im Outfit weniger an Karl Marx als an Karl Lagerfeld. Auch in deutschen Ländern wird die gestrenge Linke Sahra Wagenknecht mit ihrer Partei keinen zweiten Oscar gewinnen. Unsere Gewerkschaften konzentrieren sich auf Tarifstreit, mithin auf das konservative Motiv der Besitzstandswahrung. Hingegen formiert sich weltweit gegenwärtig eine illiberale Internationale der Populisten: Despoten aller Länder, vereinigt euch!

Der einzig verbliebene überzeugte und überzeugende Linke scheint sich zur Zeit ausgerechnet im Vatikan aufzuhalten. Papst Franziskus weist unermüdlich auf die desaströse soziale Bilanz des gegenwärtigen Kapitalismus hin: Noch immer hungern etwa 800 Mill. Menschen weltweit, obwohl es genügend Nahrungsmittel auch für sie gäbe; ab 2016 wird das reichste 1% der Weltbevölkerung mehr Vermögen angehäuft haben als die restlichen 99% (Oxfam), Armut und Reichtum verteilen sich trotz allem auf obszöne Weise, hundert Millionen Menschen weltweit finden keine Arbeit und damit keine Chance auf politische und soziale Partizipation. Die gewaltige Ungleichheit führt zur Verelendung ganzer Territorien und löst entsprechende Migrationsbewegungen aus (55 Mill.), mit mörderisch verheerenden Folgen. Zu alledem kommt noch der ruinöse Umgang mit der äußeren (und schließlich auch der inneren) Natur. Der dem Systemkapitalismus inhärente Wachstumszwang mit seinem irreversiblen Ressourcen-Verschleiß wird akut lebensgefährlich. So bildet sich ein gereiztes Krisenbewusstsein aus, indem auch die Ressource „Sinn“ immer mehr schwindet.

All dies und noch viel mehr findet sich, im wohlabgewogenen Duktus römischer Verlautbarungen, in „Laudato si“. Nicht nur diese, sondern auch schon frühere Sozialzyklen gehören zu den respektableren päpstlichen Dokumenten. Franziskus hat sich darüber hinaus einen redlichen Ruf als vatikanischer Prälatenschreck und anarcho-katholischer Latino erarbeitet.

Das hat ihm, zumindest außerhalb, für einen Papst ungewohnt große Sympathien in aller Welt eingetragen und könnte seiner Enzyklika vielleicht mehr Aufmerksamkeit beschern als sonstige Rundschreiben. Vielleicht besteht darin sogar die eigentliche Bedeutung; denn in der Sache bietet „Laudato si“ kaum etwas, das nicht andernorts und im aufgeklärten Gemeinbewusstsein längst vielfach traktiert worden ist. Manchmal ist es eben nicht nur wichtig, *was* gesagt wird, sondern auch wo und von wem. Das zu wiederholen und wie jüngst abermals auf die geradezu sündhafte Zerstörung von Natur und Schöpfung zu verweisen, hat deshalb durchaus Sinn. Und der Sonnengesang des hl. Franz von Assisi feiert poetisch-schöpfungstheologisch die Antithese zu jeder ökonomistischen Verwertungsrationalität.

2.

Nun wird auch der frömmste Franziskaner nicht glauben, man könne heute mit dem Sonnengesang unterm Arm die ökologischen Weltprobleme lösen; der formuliert auch keine

klassische Utopie, psalmodiert eher, und *frate sole, sora luna* besingen die schöne Seligkeit der göttlichen Schöpfung.

Aber es ist auch die Ordnung des religiösen Weltbilds und des Mittelalters. Wir mögen die heute um ihre schöne Naivität beneiden, aber unser Knie beugen wir da doch nicht mehr. Das lässt sich gerade am Beispiel des Naturschönen gut beschreiben: Eine originäre Landschafts- und Naturästhetik kommt erst in der Moderne auf (am 26.4.1336 Petrarca am Mont Ventoux als vorzeitiger Vorläufer), und das erklärt sich mit einem heute eher perhorreszierten Motiv: der fortschreitenden Naturbeherrschung. Je weniger ohnmächtig man den Naturgewalten ausgeliefert war, desto angstfreier konnte man sich den weniger bedrohlichen, zweckfreien, auch schönen Seiten der Natur zuwenden.

Das betrifft ja nicht nur die Ästhetik, sondern auch den enormen Fortschritt an Freiheit und Lebensqualität, von Aufklärung und Modernisierung, den uns Erforschung und Beherrschung der Natur eröffnet haben. Und eine ihrer effektivsten Agenturen war oder ist der Kapitalismus: „Hence the great civilising influence of capital; seine Produktion einer Gesellschaftsstufe, gegen die alle früheren nur als lokale Entwicklungen der Menschheit und als Naturidolatrie erscheinen. Die Natur wird erst rein Gegenstand für den Menschen, rein Sache der Nützlichkeit; hört auf, als Macht für sich anerkannt zu werden; und die theoretische Erkenntnis ihrer selbständigen Gesetze erscheint selbst nur als List, um sie den menschlichen Bedürfnissen, sei es als Gegenstand des Konsums, sei es als Mittel der Produktion zu unterwerfen.“ (Marx, Grundrisse 1857/58; Berlin 1953, 313).

Vielleicht muss man auch einmal darauf verweisen, wie außerordentlich erfolgreich dieser Kapitalismus bis heute gewesen ist; viele der antikapitalistischen Aktivitäten unterschätzen das und scheitern daran, dass sie keine gleich tüchtigen Äquivalente aufbieten können. Das Kapital hat traditionale und regionale Bestände rücksichtslos desillusioniert und damit mehr zum Verschleiß von Dogmatismus und Ideologien beigetragen als alle Moralsysteme und ihr Räsonnieren. Soziologen wie Sombart oder Schumpeter („schöpferische Zerstörung“) haben einen Typus des Unternehmers beschrieben, dessen Kreativität eher an einen Renaissance-Malerfürsten erinnert als an geldgierige Krämerseelen von Managern. Und auch Marx selbst operiert mit einem Motiv nicht-entfremdeter Arbeit, Arbeit als Selbstherstellung des Menschen, in dem ein romantisches Künstlerideal durchschimmert.

Hinzu kommt noch ein Moment, in dem auch Marx sich verschätzt hat: die außerordentliche Lernfähigkeit des kapitalistischen Systems. Es hat immer wieder härteste Kritik absorbiert und sich zu Eigen gemacht; aktuelles Beispiel: die durch den Wachstums-Ökonomismus erzeugten ökologischen Schäden werden inzwischen selbst wieder zum Gewinnmodell, weil man die Schäden nun profitabel zu bewirtschaften lernt (USA, China, Paris). Konsequenter systemtheoretisch: Selbsterhaltung durch Ausdifferenzierung. Aber selbst wenn das „sustainable“(nachhaltig) angelegt würde, bliebe es natürlich ein Herrschaftsverhältnis, von dem gelegentlich geraunt wird, dass sich darin das Anthropozän manifestiere; es könne eine Ära der Beherrschung der Naturbeherrschung einleiten.

3.

Angesichts dessen wird man heute nicht mehr fragen, wieviel Divisionen der Papst habe, sondern welche Erschütterungen denn Wallstreet, Peking oder Moskau nach „Laudato si“ heimgesucht haben. Es mag dahinstehen, ob das überhaupt ihre Intention gewesen sein kann. Die schöpfungstheologischen Motive verweisen auf ein qualitativ anderes, versöhnliches Verhältnis von Mensch und Natur, das ja auch in Philosophie benannt und in Kunst zum Vorschein gebracht worden ist. Ideale solcher Art geraten freilich immer wieder unter Realitätsdruck und in die Spannung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik.

Sarkastisch hatte schon Marx propagiert, dass die herrschende Moral doch ohnehin die Moral der Herrschenden sei. Auf seinen Spuren wandeln heute deshalb jene Analytiker, die nicht primär moralisch argumentieren, sondern auf interne Widersprüche im Konzept des Kapitals selbst setzen. Systemtheoretisch gesprochen hieße das etwa so: ein System erzeugt eine (Über-)Komplexität, die es selbst nicht mehr reduzieren (steuern) kann.

Ich beziehe mich nun - in aller Verkürzung - auf zwei Autoren, die aktuell solche Thesen vertreten: den französischen Ökonomen Thomas Piketty und den Kölner Soziologen Wolfgang Streeck.

Piketty differenziert die bisweilen schematische Reichtum-Armuts-Differenz und stützt sich auf ein - auch historisch - reiches Finanz-Zahlenmaterial. Reichtum entsteht nicht mehr klassisch primär in der Produktionssphäre, sondern durch Selbstverwertung des Kapitals. Wer reich werden will, setzt nicht mehr auf traditionales Wirtschaftshandeln, sondern auf spekulative Anlagen an den Finanzmärkten: Rendite schlägt Wachstum. Mehr Leistung lohnt sich für die meisten Menschen gerade *nicht*.

Im Grunde sei heute wie schon seit 200 Jahren der gesellschaftliche Reichtum ungleich verteilt: eine kleine Gruppe extrem reicher Menschen verfüge über ein gewaltiges Vermögen, während die allermeisten nichts als ihre Arbeitskraft besitzen. Der sozialstaatliche Kompromiss der Nachkriegszeit habe das nur kurzfristig ändern können, weil im Krieg eine Menge großer Vermögen zerstört worden war und der Wiederaufbau zu einem mächtigen Wachstumsschub führte. Aber seit den siebziger Jahren, konstatiert Piketty, haben sich die alten Relationen wieder eingestellt: eine oligarchische Verteilung des Reichtums. Etwa 70% davon seien nicht jenen zugutegekommen, die ihn produziert hatten, sondern Investoren und ihren Managern.

Piketty fordert angesichts dessen und des *patrimonial capitalism* eine kräftige Vermögenssteuer. Er zitiert eine Passage aus Balzacs „Vater Goriot“ (1835), wo einem mittellosen jungen Adligen (Eugène de Rastignac) von einem gewieften alten Gauner geraten wird, doch gar nicht erst Medizin oder Jura zu studieren, weil er damit niemals so viel Geld verdienen könne wie durch die Heirat einer schüchternen Erbin. Heute hat sich eine Gruppe von sehr reichen Angestellten gebildet, die sich Vermögen und Gehälter selbst festsetzen können; es ist eine eigene dynastische Kaste entstanden, die rechtlich kaum belangbar erscheint.

Piketty distanziert sich von Marx und steht den Sozialisten in Frankreich (2007, Ségolène Royal) nahe. Seine Thesen treffen sich in der Konsequenz mit anderen Beobachtern, die den gegenwärtigen Kapitalismus nicht mehr als irgendwie noch liberale, sondern als re-feudalisierte Formation klassifizieren.

4.

Ich erspare mir weitere komplizierte finanzökonomische Details samt Algorithmen. Auch das Natur-Verhältnis findet bei Piketty keine direkte Erwähnung; er spricht sich, gut französisch-estatistisch, für eine stärkere Lenkung der Ökonomie aus, zur Freude der US-Finanzadministration. Kaum eine Rolle spielt hingegen die Verbindung von Kapital und Politik im spezifisch europäischen Kontext.

Darauf hat sich aber eine linke Kritik kapriziert, die gegen ihren alten Internationalismus erstaunlich ressentimentbereit auftritt, in puncto EU und „denen da in Brüssel“. Die Ideen der EU-Gründergeneration geraten darüber in Vergessenheit und gelten als nostalgisches Elite-Projekt. Ausgangspunkt dieser Kritik ist die Finanzpolitik der EU und EZB sowie die Rolle der Banken.

Das Problem heißt ungefähr so: die EU umfasst Länder mit sehr unterschiedlichem ökonomischen Niveau; die gemeinsame Währung schwächt die ärmeren Länder, weil sie im jetzigen Währungsverbund nicht mehr wie früher die nationale Währung abwerten und damit einen Ausgleich der Staatsschulden erreichen können. Die Kritik macht dafür eine neoliberal-dominante Politik Brüssels verantwortlich („Spardiktat“). Die schwächeren Länder haben nicht genug Kapital, um Investitionen zu finanzieren; Folge: hohe Arbeitslosigkeit, Stagnation, politische Radikalisierung.

Als Gegenmittel macht die EZB zinsfrei gewaltige Milliardensummen als Anschubfinanzierung locker; die kommen aber kaum oder nur zu einem Drittel an die Basis, weil die jeweiligen Nationalbanken als Adressaten diese Gelder zurückhalten, um eigene Schulden zu tilgen oder als Kredite mit 3-5% Zinsgewinn weiterzuleiten.

5.

So möchte Wolfgang Streeck lieber heute als morgen aus dem Euro aussteigen und das „frivole Experiment“ am Herzen der „Staatsvölker“ abbrechen. Er glaubt, dass Politiker dem Kapitalismus nur eilends Zeit kaufen wollen, einem Pumpkapitalismus, der dauernd neue Finanzinjektionen benötigt, um sein Ende aufzuschieben. Parolen vom beherrschbar selbstregulativen Markt und sozialverträglichem Kapitalismus hält Streeck für die üblichen Fabeln, die Demokratie befinde sich als „marktkonforme Demokratie“ auf dem Weg in eine Kombination von Rechtsstaat und öffentlicher Unterhaltung. Wenn man die Dinge realiter sieht, bleibe das Gefühl „für die tiefe Absurdität der Markt- und Geldkultur“ zurück. Deren armselige Theorie suche alles in den Traum des Geldes zu verwandeln; kulturelle Besonderheiten gelten nur noch als „Tätowierungen auf der Haut des homo oeconomicus“.

Für Europa zieht Streeck einen älteren Plan (1939) des Altliberalen Friedrich A. Hayek heran: der wollte in der Nachkriegszeit dem Kapital freie Bahn schaffen und in einer starken Zentralregierung einzelstaatliche Eingriffe, hinderliche Gewerkschaften und Nationalstaaten klein halten. Streeck meint nun, dass die gegenwärtige Brüsseler Liberalisierungsmaschinerie diese Hayek-Pläne vollstrecke. Der unverkennbar doch marxistisch inspirierte Streeck zieht daraus eine verwunderliche Konsequenz: er empfiehlt, wieder zum Konzept der früheren Nationalstaaten zurückzukehren.

Man muss wohl befürchten, dass sich hier mal wieder eine Rechts-Links-Konvergenz anbahnt; es verbindet sie eine gemeinsame Aversion gegen Globalisierung mit nostalgischen Wünschen nach Überschaubarkeit. Doch liegt auf der Hand, dass die europäischen Einzelstaaten viel zu schwach gegenüber den Pressionen der globalen Finanzmärkte wären; und auch die Alternative: hie europäischer Zentralismus, da nationale Demokratien, erscheint nicht zwingend: Habermas z.B. verteidigt ein „vertieftes Europa“ als demokratisches Gemeinwesen, als „Wir-Perspektive“ aller Bürger, die zugleich aber auch Bürger der Einzelstaaten bleiben; in dieser Doppelrolle können sie die politischen Gremien und Entscheidungen Europas legitimieren. Angesichts der realökonomischen und z.T. auch rechtsstaatlichen Unterschiede liegen Überlegungen nicht mehr fern, ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zu etablieren.

6.

Nun sind Katastrophen- und Krisenprognosen so alt wie der Kapitalismus selbst; und man muss wohl konstatieren: Totgesagte leben länger.

Man hat inzwischen auch Kritik an Pikettys Theorien geübt. Moniert wird, dass er allzu einseitig auf einen geschlossenen Kapitalismus fixiert sei und andere gesellschaftliche Dynamiken, politische, rechtliche oder kulturelle, einfach ausblende. Und seinen Vorschlag, eine Umverteilung des Reichtums durch eine Vermögenssteuer von 80% zu erzwingen, nimmt er selbst nicht ganz ernst.

Richtig daran bleibt freilich, dass moralische Kritik ebenso wenig ausrichten dürfte; der Kapitalismus selbst agiert immoralisch: Kategorien wie gerecht/ungerecht sind ihm äußerlich, bis auf vielleicht geringe utilitaristische Restmengen. Moralische Kritik verfängt nur dann, wenn sie riskante Störungen der ökonomischen Funktionen auslösen könnte.

Beide Autoren schenken einer anderen aktuellen Veränderung nur wenig Beachtung. „How growth became the enemy of prosperity“ (Douglas Rushkoff; 2016). Anders als in der Pionierphase der 90er Jahre geht es der IT nicht mehr um Fortschritt und Entwicklung, sondern um den Wachstumszwang der Börsen: es bleiben nur einige wenige Gewinner übrig, Rushkoff vergleicht die Mächtigen der digitalen Ökonomie mit jenen Monarchen und Adligen des Mittelalters, die gegen den neuen Wohlstand der Handwerkerzünfte Monopole verfügten. Das trifft sich mit den o.a. Tendenzen zur Re-Feudalisierung und Postdemokratie.

Diese Gewinner der digitalen Ökonomie, die Netzbetreiber und Software-Giganten sind nicht nur Geldmaschinen; sie präformieren ja auch das Raster unserer Realitäts-Wahrnehmung

und Kommunikation. Auf diese Weise schleicht sich der aktuelle Kapitalismus in unsere psychische Struktur ein, gerade weil diese neuen Technologien mit ihrem Überangebot an Möglichkeiten fürs Bewusstsein so effektiv wie einschüchternd sind.

Lit.

- K. Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie (1857/59) Berlin 1953.
- Th. Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014 (Paris 2013)
- D. Rushkoff, Throwing Rocks on the Google Bus, 2016; SZ v. 16.8.2016
- W. Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.
- Streeck/Habermas, Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft, in: Blätter f. dt. u. internat. Politik, 58.Jg.,2013, 59-70.